

Börsen-Zeitung

Abendausgabe . 20 Pfennig.

72. Jahrgang

Montag, 30. August 1926

Verantwortliche Leiter: Henschel, W. Paal, Berlin, Pöhlchen, Tsch...

Verantwortlich für den Inseratenteil: V. Dinkler & Lorenz, Berlin W 8...

Skandalgeschichten.

Wie zwei wenig rühmlich bekannte Montagsblätter melden, ist nach einer Berliner Korrespondenz (3. A.) dem Reichspräsidenten, dem Reichs- und preussischen Staatsministern, Mitgliedern des Reichstags, sowie einer Reihe von Staatsbeamten eine Denkschrift ausgegangen, für deren Inhalt die Schriftsteller Otto Lehmann-Rausch und Carl Peters verantwortlich gezeichnet, und die auf Grund von Dokumenten den Nachweis führen will, daß Anführer hoher Dienststellen der Reichswehr...

Die ihnen übertragenen Vollmachten in eigenem Interesse mißbraucht haben, daß derselbe im Betrage von vielen Millionen Mark verschwendet, zum Teil gar ins Ausland verschifft worden sei, und daß „auf Veranlassung“ ausgehender Beamte der Reichswehr sich persönlich bereichert haben. Der Schlußteil der Denkschrift behandelt die Vorgänge im Reichstag. Diese selbst sollen ganz großen Teil bereits im vorigen Jahre zurückliegen. Der Reichswehrminister hat, wie bekanntgegeben wird, sofort die Verfolgung der Sache und ihre Weiterleitung an die Justiz angeordnet.

Das ist unseres Erachtens zugleich der einzige und der beste Weg zur Aufklärung und Vereinigung solcher Skandalaffären.

Aber scheint es, als ob eine andere Skandalgeschichte, von der wir bisher absichtlich keine Notiz genommen haben, nicht auf dieselbe abträgliche Weise erledigt werden soll. Es handelt sich um Anschuldigungen der „Berliner Wächterischen Zeitung“ gegen den preussischen Innenminister Severing.

Die Zeitung berichtet von Geldgeschäften, die Severing mit einem früheren Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei, mit einem Kaufmann (Schlichting) im Kreis Ostbromberg, betrieben habe. Dieser Herr soll im Januar 1921 Herrn Severing einen Scheck über 25 000 Mark gegeben haben, damit er in dieser Höhe an der Gründung einer Zeitung beteiligt werde. Ferner ist noch von einem Scheck in gleicher Höhe für eine andere Zeitung die Rede. Dieser Scheck sei aber gar nicht in der beschriebenen Weise verwendet worden. Ferner habe Herr Schlichting im September 1922 für Herrn Severing ein Geschäftskreditkonto von 200 000 Mark bei der Staatsbank eingepfändelt. Herr Schlichting müßte Zahlung dieser Beträge zum Goldmarkwert. Dann ist auch noch von Geschenken die Rede, die Herr Severing gemacht hat und die dieser angenommen, aber nicht in angemessener Weise erwidert haben soll, sowie von einer Spende von 100 Pfunden Sekt zu Severings Silberhochzeit.

Von Seiten des Ministers Severing war durch die amtliche preussische Pressestelle sofort eine Entgegnung veröffentlicht worden, wonach die Angaben des Herrn Schlichting sämtlich falsch oder tendenziös zurückgemacht seien; Severing sei mit dem Herrn Schlichting eine Stellung befreundet gewesen, habe sich aber zurückgezogen, als er den Eindruck gemacht, daß sein amtlicher Einfluß für Privatgeschäfte des Herrn Schlichting ausgenutzt werden sollte. Die „Berliner Wächterische Zeitung“ hatte angegeben, daß Severing sich für Schlichting beim Reichspräsidenten Schacht, bei der Reichshausbank und bei einigen Sparkassen benutzend habe.

Wir haben Herrn Severing als promonarchierten sozialdemokratischen Parteimann politisch immer beipflichtet. Wir hatten und haben auch nicht den geringsten Zweifel an seiner persönlichen Int. Deswegen verzichten wir nach wie vor darauf, alle Einzelheiten dieser Affäre wiederzugeben. Nachdem jetzt aber das „Berliner Tageblatt“ in seiner geläufigen Ausgabe meldet, daß Herr Severing den Schacht der Gerichte wegen der gegen ihn erhobenen Verleumdungen nicht anzusehen gedenkt, sondern die gegen ihn erhobenen Verleumdungen in einer zusammenfassenden Darlegung zurückweisen will, wollen wir doch betonen, daß es ein solches Verfahren der Abrechnung mit Schwere und Zweifel ist der persönliche Höhe stehenden Beschuldigungen nicht ausreichend erscheint. Selbst eine Auseinandersetzung im Landtag würde nicht als ausreichend betrachtet werden können, denn seit dem Hinsink der Untersuchungskommission ist sich kein Mensch mehr durch parlamentarische Debatten und Voten überzeugen. Die Wahrheit kann nur der Gericht feststellen werden. Dr. O.

Spaniens Entweder — Oder

Zwischen Marx-Stresemann und England-Frankreich nebst Anhang die „Verständigung“ bereits erreicht.

Die Veränderungen an dem Geirillischen Reformvorschlag

TU Wien, 29. August. Gleich nach der Ankunft der deutschen Delegation für die Studienkommission, die im Hotel Metropole Quartier genommen haben, nahm der englische Konjurist, Sir Cecil Durr, Gelegenheit, den deutschen Herren seinen ersten Versuch abzuhalten, um eine Besprechung im Hotel Beau Brummel einzuladen. Herr von Durr und Dr. Gauß haben gemeinsam mit Sir Cecil Durr im Hotel Beau Brummel, wo sie Lord Robert Cecil und den spanischen juristischen Sachverständigen Frematogot vorkamen.

Die Unterhaltung, die tags nach 6 Uhr begann, dauerte bis etwa 8 1/2 Uhr. Nach ihrer Mitternacht wurden die beiden deutschen Delegierten befriedigend über den ersten Meinungsaustrausch mit den englischen und französischen Delegierten. Wie angenommen werden darf, wird im Mai von der ersten Studienkommission ausgearbeitete Programm der Reorganisation des Völkerbundes bis auf geringe Veränderungen, die auch von deutscher Seite als Verbesserungen bezeichnet werden, nicht verändert werden. Bei diesen Veränderungen handelt es sich vor allem um die Erziehung des Rates, das die Vollversammlung des Völkerbundes jederzeit in der Lage sein soll, die nicht in den Händen der Vollversammlung liegen, nicht abzugeben. Diese Bestimmung ist durch das Amendement zum Artikel 4 der Völkerbundescharta, das nach der Ratifizierung durch die spanische Regierung rechtskräftig geworden ist, gegenwärtig geworden, da dieses Amendement die Vollversammlung bereits das Recht gibt, derartige Schritte zu ergreifen.

Den meisten Gang der Beratungen stellt man sich in Genf orientierten Kreisen folgendermaßen vor: Die Studienkommission wird am Montag bis Mittwoch in Genf arbeiten, die Überarbeitung des Programms zur Erweiterung des Rates zu beenden. Am Donnerstag werden die Vorschläge von der Studienkommission dem Völkerbund unterbreitet werden und von dem Rat an die Völkerbundesversammlung weiter übergeben, die dann ihrerseits die juristische und politische Kommission mit der Beratung beauftragt. So glaubt man am Vorabend des Zusammentritts der Studienkommission, daß etwa bis zum 8. September alle Hindernisse für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beseitigt sein werden.

Spanien fordert klare Entscheidung.

Genf, 30. August. In der Gründungsversammlung der zweiten Tagung des Prüfungsausschusses für die Zusammenfassung des Rates bestanden die spanische Delegierte Felices nach längerer Darlegung im Namen des spanischen Rates und der spanischen Regierung, daß die Fortsetzung Spaniens auf einen Hindernis für die gegenwärtigen Tagung des Prüfungsausschusses aufstehen und nicht verschoben wird.

Die Einigung.

Genf, 30. August. In Generalreferat über den Völkerbund werden die letzten Vorbereitungen für die am 6. September stattfindende Gründung der ersten Völkerbundesversammlung getroffen. Man ist in unterrichteten Kreisen überzeugt, daß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keine Schwierigkeit mehr entgegensteht.

Die Regierung kauft vor dem Rücktritt

TU Wien, 30. August. Heute treten die parlamentarischen Parteien zusammen, um über die gegenwärtige Lage zu beraten. Morgen wird sich die Nationalversammlung mit dem sozialdemokratischen Antrag befassen, die Regierung kauft unter Auflage zu stellen, weil sie ohne parlamentarische Ermächtigung 620 Millionen für die Sanierung der Zentralbank der Deutschen Sparkassen verauslagt hätte. Der Antragsteller wird sich absetzen müssen. Aber tragen die Mitglieder des Kabinetts in der letzten Zeit bereits...

gegenüber, und daß sie tags nach Beginn der Tagung, d. h. in den ersten Tagen der Versammlung vor sich gehen wird. Es ist hierüber, wie berichtet, zwischen dem Rat vertretenen Mächten und der deutschen Regierung bereits eine Einigung erzielt worden. Diesmal kann von irgend welchen neuen Schwierigkeiten keine Rede sein. Erst nachdem das Deutsche Reich in der Bundesversammlung seine im Rat Sitz und Stimme haben wird, soll die Frage der Erweiterung des Völkerbundes durch die Schaffung neuer, nichtständiger und jährlingsänderbarer Sitze ihre Erledigung finden.

Polen verlangt, daß das Recht der „halbständigen“ Ratmitglieder auf Wiederwahl schon jetzt festgelegt wird.

Paris, 29. August. Bei einem gestern nachmittag von der polnischen Delegation veranstalteten Empfang hat Minister des Auswärtigen Jaceki, wie „Matin“ meldet, vor französischen Vorkonferenzen erklärt, er habe die vollständige Vereinbarung zwischen der französischen und der polnischen Delegationen feststellen können, und er glaube, daß man zu einer allgemeinen Verständigung in der Frage der Ratstische kommen werde, wenn man sich an den Vorschlag Lord Robert Cecil's halte. Allerdings werde man, so erklärte der Minister, dafür sorgen müssen, daß das Recht der Wiederwahl der halbständigen Mitglieder schon jetzt festgelegt und nicht auf spätere Tage, wie es der ursprüngliche Plan gewesen, verschoben werde. Außerdem ermächtigte Artikel 8 des Entwurfs die Versammlung jederzeit einem Mitglied des Rates sein Mandat zu entziehen. Dieser Artikel sei geeignet, ernste Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Es wäre deshalb angebracht, wenn man ihn ergäbe.

Eine offizielle französische Darlegung der Lage.

Paris, 30. August. Der Genfer Vertreter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß im Laufe der letzten Woche zwischen dem Sekretariat des Völkerbundes einerseits und den Mitgliedern des Völkerbundes und Deutschlands andererseits Verhandlungen stattgefunden hätten, um das Vorhaben der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in allen Einzelheiten zu regeln. Vor allem sei ohne weiteres anerkannt worden, daß Deutschland nicht nochmals dem im März angenommenen Ausnahmeverfahren entsprechend der Völkerbundescharta unterworfen werden könne. Da die deutsche Regierung ihren ordnungsgemäßen Aufnahmearbeit nicht zurückgegeben habe, so sei es nicht nötig, daß er neu gestellt werde, und ebenso wenig, daß der Völkerbund erneut damit beauftragt werde, das übliche Verfahren vor der Rekrutierung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu prüfen. Unter Hinweis auf Briand's Worte von der einflussreichen moralischen Aufnahme Deutschlands wird in der Zusammenfassung erklärt, daß die Bestimmung der Versammlung zugunsten der Aufnahme Deutschlands gleich bei Beginn der Tagung erfolgen müsse. Da die Sitzungen am 6. September anfangen werden, so werde die deutsche Delegation wahrscheinlich aufzutreten werden, der dem 10. September unter den übrigen Delegationen ihren Platz einzunehmen.

erschärfert, daß man den Rücktritt des Ministers für unvermeidlich betrachtet. In parlamentarischen Kreisen ist man überzeugt, daß er nach der Rücktritt des Ministers annehmen wird, um so mehr, als seine eigenen Parteigenossen, die Christlichsozialen, mit seiner Politik nicht zufrieden sind. Man glaubt, daß der gegenwärtige Innenminister Wintgen das Übergangskabinet bilden wird, und daß im Herbst der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel wieder die Regierung übernehmen wird. — Neue Unruhen in Portugal? Nach Mitteilungen von der portugiesischen Grenze soll in Portugal ein neuer Aufstand erwartet werden. Alle Garnisonen des Landes werden in den nächsten Tagen abzurückgehalten.

Erste Unruhen in Spanien? Die telegraphische Verbindung mit Spanien unterbrochen.

London, 30. August. Die heutige Morgenpresse veröffentlicht eine Reihe aufsehenerregender Meldungen über Spanien. „Weltminister Gazette“ mit besonderer Bedeutung Agenturenmeldungen aus Gibraltar bei, wonach alle Telegraphen- und Telefonverbindungen mit Spanien unterbrochen seien. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß erste Unruhen in Spanien infolge der Faltung der ungarischen Kettleroffiziere ausgebrochen seien. Zuverlässigen Quellen die Bahnen von Bobadilla an „Weltminister Gazette“ will auf der spanischen Westküste erfahren haben, daß infolge der ersten Lage eine Anzahl für Nachrichten aus Spanien möglich sei. Dementselbst zufolge berichtet die Westküstenstation der Galizien Telegraphen-Gesellschaft, daß die Verbindungen mit den spanischen Stationen unterbrochen seien. „Daily Mail“ zufolge soll während der letzten 24 Stunden keine direkten Nachrichten mehr von irgend einem spanischen Ort eingetroffen.

London, 30. August. „Daily Express“ berichtet aus Orense an der französischen spanischen Grenze, die spanischen Gerichte seien früher, als erwartet wurde, einberufen worden wegen des Gesundheitszustandes des 19 Jahre alten Thronerben, des Prinzen von Asturias, dessen Befinden plötzlich schlimmer geworden sei. Es werden Befürchtungen für sein Leben geäußert.

Zangerprotectorat oder Austritt aus dem Völkerbund. Ein Telegramm Jangans an „Daily News“.

London, 30. August. „Daily News“ veröffentlicht ein von gestern, Sonntag, datiertes Telegramm des spanischen Ministers des Auswärtigen, Jangans, an den Vorkonferenz des Rates, das folgenden Wortlaut hat: Die spanische öffentliche Meinung, bewahrt der Nationalität und der Souveränität des Einzelstaates Jangans, die spanische öffentliche Meinung, drängt die Regierung, ihre Forderungen vor den Mächten, die angefordert wurden, in der Frage zu handeln, anrecht zu erhalten, indem sie eine Garantie dafür gibt, daß Zanger niemals eine Forderung über ein solches Gebiet machen wird, das die Unabhängigkeit und das Recht für alle gleich ist. Die Herrlichkeit des Augenblicks liegt in der Tatsache, daß wenn dieses gerichte Spanien nicht beendet wird, es aus dem Völkerbund austritten und vielleicht seine Beteiligung an marokkanischen Protectorat ablehnen wird. Wenn die öffentliche Meinung der Welt genügend erweckt zu werden, so werden die Mächte, die Spanien an Leben und Ausgaben gelistet hat, das Protectorat weiter zu führen angehalten der Schwierigkeiten eines internationalen Zanger, so wird die dem Wunsch der spanischen Regierung ihre letzte Unterbrechung geben. „Morning Post“ berichtet aus Rom, Spanien habe die spanische Zangerliste mit bemerkenswerten Eile beantwortet. Dies scheint die Annahme zu unterstützen, daß Mussolini etwas von dem Inhalt der spanischen Note gewusst habe, bevor die diplomatische Ausgabe gemacht wurde. Der gemeldete Inhalt der italienischen Antwort und der Grundton des allgemeinen Briefes scheint die Vermutung nicht unangebracht, daß Mussolini der spanische Briefe hinter dem Rücken der internationalen Zangerkonferenz sei. Dies würde die gewöhnliche Gelegenheit für die Wiedereröffnung der internationalen Krise, die als ein Vorfall im Zusammenhang mit einer Möglichkeit von Änderungen im Status quo augunsten Italiens bieten.

Rom, 30. August. „Popolo di Roma“ beschäftigt sich mit der Antwortnote der italienischen Regierung an Spanien und meint, obgleich der Inhalt nicht bekannt ist, könne man schon jetzt annehmen, daß Italien im Gegensatz zu Frankreich und England für eine besondere Kommission zur Überprüfung der Zangerfrage sich ausgesprochen habe.

Englisch-französische Beurteilung des spanischen Vorgehens.

London, 30. August. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in diplomatischen Kreisen sei die Aktion des spanischen Direktoriums, das beabsichtigt, die Völkerbundesbeziehungen durch die Einberufung einer internationalen Konferenz in Genf zur Fortsetzung des spanischen Antrags auf die Kontrolle von Zanger aufzuheben, überall heftigstens verurteilt worden. Der Korrespondent hofft, daß die Delegierten Spaniens davon absehen werden, aus dem Völkerbund auszutreten, aber wenn es zu einer solchen Sache kommen sollte, so sei der einzige Weg, der der Würde und Autorität des Völkerbundes entspräche, mit dem Ausbruch des Völkerbundes den Austritt Spaniens anzunehmen, der nicht ermöglicht zu sein brauche, daß Madrid einen solchen Schritt während der gegenwärtigen...

938 4 Zyl. STOEWER 13/55 6 Zyl. STOEWER hat alle modernen Errungenschaften. Perrot-Vierradbremse, breite moderne Karosserierelief, Allwetterverdeck. Sechs Drahtseilballonreifen. Stabilisier. Panoram. Tachometer, 8-Tage-Uhr. Filiale: Berlin, Unter d. Linden 75-76 LIEFERWAGEN STOEWER